



AUTONOMIEKONVENT
CONVENZIONE SULL'AUTONOMIA
CONVENZIUN D'AUTONOMIA

Südtirol mitdenken
Immaginare l'Alto Adige
Pensé I Südtirol



SCHALT DICH EIN!
ATTIVATI!
ATIVETE!

konvent.bz.it
convenzione.bz.it
convenziun.bz.it

Zusammenfassung/Riassunto

**Zukunftswerkstatt für junge Erwachsene,
27.02.2016, Bozen/Bolzano, EURAC**

Jugendveranstaltung zum Autonomie-Konvent, 27. Februar 2016, Bozen, EURAC, Themenübersicht und Zusammenfassung der Ergebnisse

Dieser Text dient der Information und gibt eine qualitative Übersicht zu den Themen und Überlegungen, die bei der Jugendveranstaltung zum Autonomie-Konvent an der EURAC in Bozen erarbeitet worden sind.

Der Text geht auf unterschiedliche Fragestellungen und Argumente ein, versucht kontroverse Positionen auszuleuchten, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Als Grundlage dienen die in den Workshops erarbeiteten Ergebnisse. Für deren genauen Wortlaut wird auf die vollinhaltliche Transkription verwiesen <https://www.konvent.bz.it/de/files>.

Es wurden insgesamt 27 Themen vorgebracht, wovon 14 in Workshops gemäß der Methode der Zukunftswerkstatt bearbeitet worden sind. Die Vorschläge aus den Ergebnissen der Workshops wurden zu den folgenden 13 alphabetisch gereihten thematischen Clustern zusammengefasst.

1. Begnadigung der Südtirolaktivisten

Die Südtirolaktivisten seien zu begnadigen, jeder Fall sei jedoch einzeln zu betrachten. Dabei seien die Beweggründe der Südtirolaktivisten zu ergründen und die Frage zu klären, ob sie es sich auch verdienen würden, begnadigt zu werden. Uneinigkeit herrschte darauf, wie eine Antwort auf diese Frage zu finden sei. Die Rolle der Südtirolaktivisten in Bezug auf das Erlangen der Autonomie sei klarzustellen. Mit einer Begnadigung durch den Staatspräsidenten könnte ein Schlussstrich unter das Thema gezogen werden und eine Aussöhnung erfolgen.

2. Direkte Demokratie und Partizipation

Die Bürger/innen seien stärker in den Gesetzgebungsprozess einzubinden, und Entscheidungen der direkten Demokratie sollen für die Politik bindend sein. Die Meinungsbildung und Verantwortungsübernahme der Bevölkerung könne dadurch gefördert werden sowie Politikverdrossenheit verringert und Akzeptanz von Entscheidungen erhöht werden. Konkrete Beteiligungsprojekte seien zu ermöglichen, um unmittelbar Betroffene in die Umsetzung einzubinden. Es wird zudem festgehalten, dass sich nicht jedes Thema für eine Volksabstimmung eigne und vorab Fragen zu objektiver Berichterstattung, Lobbying und Quorum zu klären seien. Auch eine Spaltung der Bevölkerung bei verhärteten Fronten wird befürchtet.

3. Europaregion Tirol

Die Europaregion solle mit weiteren Kompetenzen in den Bereichen Mobilität, Bildungswesen, Energie, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik ausgestattet werden. Die Schaffung von geeigneten Euregio-Institutionen sowie die Zusammenschließung von Vereinen und Verbänden in der Euregio sei anzustreben. Eine gemeinsame Identität solle dadurch gefördert und das Zugehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Sprachliche Differenzen sowie unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen seien zu berücksichtigen. Die mögliche Verankerung der Euregio im Autonomiestatut wird als ein Schritt in Richtung Stärkung und Ausbau der Euregio gesehen. Die Euregio als föderalistisches, supranationales Staatsgebilde in einem Europa der Regionen könne eine Stärkung der EU- und der Tiroler-Identität mit sich bringen. Dabei sei der Minderheitenschutz der Ladinischen Volksgruppe nicht zu vergessen. Gegen einen solchen Ausbau sprechen mangelndes „Tirol-Bewusstsein“ sowie die verschiedenen Kompetenzen der Euregio-Länder. Auch entgegengesetzte Interessen der Nationalstaaten und ein mangelndes Zusammengehörigkeitsgefühl der betreffenden

Bevölkerung seien hinderlich.

4. Friedliches Zusammenleben der Sprachgruppen

Durch gemeinsame Treffpunkte und Projekte im Schul-, Kultur- oder auch Sportbereich könne das friedliche Zusammenleben gestärkt und sprachliche Blockaden und Ängste abgebaut werden. Kulturelles Verständnis für die jeweils andere Sprachgruppe solle somit gefördert und der Abbau von Parallelgesellschaften vorangetrieben werden. Bereits bestehende Initiativen seien beizubehalten und auf eine echte „Durchmischung“ der Sprachgruppen zu achten, wobei die gemeinsamen Projekte nicht als Zwang zu verstehen seien, sondern lediglich als Anstoß für vermehrten Austausch zwischen den Sprachgruppen dienen sollten. Erschwerend für die Umsetzung gemeinsamer Projekte wird die Tatsache empfunden, dass es nach Sprachgruppen getrennte Ämter gibt, die für die Finanzierung zuständig sind. Auch der punktuelle, zeitlich begrenzte Charakter von Projekten sei zu berücksichtigen. Ansätze, die langfristig wirken sollen gefunden werden. Ein „Wir“- Gefühl im Sinne einer gemeinsamen Identität könne auch durch die Eigenstaatlichkeit Südtirols erreicht werden. Garantierte Zweisprachigkeit im öffentlichen Dienst und Respekt zwischen den Sprachgruppen seien Voraussetzung dafür. Unterschiede zwischen Stadt und Land stellen die Wirksamkeit einer Eigenstaatlichkeit Südtirols in Bezug zur Stiftung des „Wir“- Gefühl in Frage. Auch durch eine Beseitigung von faschistischen Relikten und falsch übersetzten Namen könne Gemeinsames entstehen und Konflikte gelöst werden.

5. Integration

Durch das Erlernen der Landessprachen soll Integration gefördert werden. Zudem bedürfe es an Respekt und Begegnungsmöglichkeiten, um Integration zu begünstigen. Toleranz und gleiche Behandlung aller seien zu beachten. Eine mögliche zeitlich begrenzte Verpflichtung zum Aufenthalt in einem gewissen Gebiet könne Integration fördern, wobei dies rechtlich nicht umsetzbar sei. Es wird als politische Frage angesehen, ob Arbeitsmöglichkeiten für Migrant/innen gewährt werden und die Gleichbehandlung von Mann und Frau gefördert werde. Es sei zu diskutieren, ob Ausländerkriminalität zu Ausweisung führen soll. Grundsätzlich bedürfe es mehr Information über Migration und Migranten. Religiöse und kulturelle Unterschiede werden von einigen als erschwerend für eine erfolgreiche Integration angesehen.

6. Jugend in der aktiven Politik

Durch politische Bildung als eigenes Schulfach sei es möglich Wissen und Verständnis zu vermitteln sowie Interesse für politische Abläufe und direkte Teilhabe zu wecken. Einer möglichen Beeinflussung der politischen Ideen und Vorstellungen Jugendlicher durch Lehrpersonen sei entgegenzuwirken. Der Jugend solle grundsätzlich mehr Einfluss und Gewicht bei politischen Entscheidungen gegeben werden. Dies könne durch eine Ausweitung des Abstimmungsrechts auf 16 Jahre bei Volksabstimmungen geschehen sowie durch eine stärkere Berücksichtigung der Meinung Jugendlicher in Beteiligungsgremien auf Gemeinde- und Landesebene.

7. Proporz

Der Proporz im öffentlichen Dienst soll erhalten bleiben und wird als Garantie für die Arbeitsplätze der Minderheiten gesehen. Jene, die für eine Überarbeitung des Proporzeseien, sehen darin die Chance, dass dadurch der Kompetenz der Arbeitnehmer/innen mehr Gewicht eingeräumt wird. Bei einer eventuellen

Überarbeitung seien alle drei Sprachgruppen zu berücksichtigen und der Schutz der Minderheiten zu gewährleisten.

8. Schule

Vom muttersprachlichen Unterricht im Sinne des Art. 19 des Autonomiestatuts dürfe nicht abgerückt werden. Es sollen zuerst die Muttersprache und erst anschließend weitere Fremdsprachen gelehrt werden. Eine Verbesserung des bestehenden Fremdsprachenunterrichts wird angeregt. Es solle weniger Literatur und dafür mehr praxisbezogene Konversation von muttersprachlichen Lehrpersonen gelehrt werden. Dabei solle mehr Bezug zum Alltagsgeschehen hergestellt werden und flüssiges Sprechen in der Fremdsprache im Alltag somit ermöglicht werden. Fehlendes Allgemeinwissen und eine Vernachlässigung der Kultur werden dadurch jedoch befürchtet. Die CLIL-Methode wird u.a. mit dem Verweis auf eine Benachteiligung schwacher Schüler und besonders der Gefährdung der Muttersprache abgelehnt. Sprachförderung außerhalb der regulären Unterrichtszeit am Nachmittag oder im Sommer sei zu unterstützen. Als Verbesserung des Schulsystems wird zudem vorgeschlagen Rhetorik, Rechtskunde, Medienkunde, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Wirtschaft in allen Schulen einzuführen. Auch das Fach Heimatkunde in Mittel- und Oberschulen sei im Lehrplan aufzunehmen. Gegen die Einführung weiterer Schulfächer spreche die Tatsache, dass es bereits jetzt zu viele Fächer gäbe.

9. Selbstbestimmung

Bevor das Recht auf Selbstbestimmung im Autonomiestatut verankert werden soll, um dadurch den Schutz der Minderheiten besser abzusichern, wird angeregt zu klären was unter „Selbstbestimmung“ genau gemeint sei, um eine Basis für die weitere Diskussion zu haben. In diesen Prozess seien alle Sprachgruppen miteinzubeziehen. Die Vollautonomie, als innere Selbstbestimmung verstanden, sei genauso anzustreben wie eine Abstimmung über die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien, wobei auch hier alle Volksgruppen miteinzubeziehen seien. Transparente Information, eine klare Fragestellung und Aufklärung über die Folgen einer solchen Abstimmung seien grundlegend. Gegen die Selbstbestimmung spreche die Nichtigkeit aufgrund von verfassungsrechtlichen Bedenken, eine eventuelle Frontenbildung in der Bevölkerung, Unklarheit in Bezug auf den Verbleib in der EU und wirtschaftliche Folgen sowie die Gefahr die erreichte Autonomie zu verlieren.

10. Sportautonomie

Die Sportautonomie für Südtirol wird als identitätsstiftend gesehen. Größere Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit bei Sportveranstaltungen könne durch eine eigene Hymne und eine eigene Flagge erlangt werden. Südtiroler Sportler/innen sollen die Möglichkeit erhalten in den Landesdienst aufgenommen zu werden. Eine eigene Landespolizei sollte eine Sportgruppe aufbauen können. Italiener und Ladinier seien bei der Umsetzung miteinzubeziehen.

11. Stärkung der Jugendverbände Südtirols

Jugendverbänden seien mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und bürokratische Hürden seien abzubauen. Ebenso solle die Jugend, wenn sie von der Politik angehört wird, auch ernst genommen werden. Eine stärkere Zusammenarbeit bestehender deutschsprachiger und italienischsprachiger Vereine sei anzustreben, um gemeinsam stärker auftreten zu können.

12. Toponomastik

Historisch zweisprachig gewachsene Namen sollen zweisprachig bleiben. Während des Faschismus eingeführte Namen sollten abgeschafft werden. Dadurch könne Unrecht aufgearbeitet und eine klare Distanzierung zum Faschismus ausgedrückt werden. Bei der Umsetzung sei auf die Vermittlung des Vorhabens, besonders gegenüber der italienischen Sprachgruppe, zu achten und eine geschichtliche Auseinandersetzung und Aufarbeitung habe zu erfolgen. Die Überarbeitung der Ortsnamen solle auch Auswirkungen auf die Kartographie haben. Eine wissenschaftliche Lösung der Toponomastikfrage sei im Autonomiestatut zu verankern.

13. Vollautonomie

Eine sukzessive Ausweitung von Kompetenzen, um die Vollautonomie mit maximaler innerer Selbstbestimmung zu erreichen, sei anzustreben. Ein zu schneller Übergang von zu vielen Kompetenzen könne allerdings zur Überforderung führen. Eine Vollautonomie als Zwischenweg hin zu einer noch offenen Vision solle angestrebt werden. Eine Südtiroler Leitkultur solle erarbeitet werden und als Basis eines Zusammengehörigkeitsgefühls dienen sowie als Orientierungshilfe zur Integration verstanden werden. Eine solche Leitkultur sollte auf breitem Konsens fußen, könnte jedoch auch als Einschränkung der individuellen Selbstbestimmtheit aufgefasst werden.

Manifestazione giovanile per la Convenzione sull'Alto Adige, 27 febbraio 2016, Bolzano, EURAC, quadro generale dei temi e riassunto dei risultati

Il presente testo ha scopo informativo e offre una panoramica qualitativa delle tematiche trattate e delle considerazioni emerse durante la manifestazione giovanile per la Convenzione sull'Alto Adige presso l'EURAC a Bolzano.

Senza l'ambizione di poter fornire un riassunto esaustivo, si approfondiscono diverse questioni e argomenti con l'intento di illustrare anche le posizioni controverse. Il riassunto si basa sui risultati elaborati dai partecipanti dei gruppi di lavoro. Per consultare i testi originali si rimanda al sito web <https://www.konvent.bz.it/it/files>. Sono emersi in totale 27 temi, 14 dei quali sono stati elaborati secondo il metodo della Officina del Futuro. Le proposte emerse dai risultati dei workshops sono state riassunte nei seguenti 13 cluster (in ordine alfabetico):

1. Autodeterminazione

Prima di ancorare il concetto di autodeterminazione allo Statuto di autonomia, onde garantire al meglio la tutela delle minoranze, è bene chiarire esattamente cosa si intende per autodeterminazione, in modo da avere una base di discussione. In questo processo occorre coinvolgere tutti i gruppi linguistici. È altrettanto auspicabile sviluppare la "piena autonomia" (*Vollautonomie*), intesa come autodeterminazione interna, e, altrettanto, una votazione sull'appartenenza del Sudtirolo all'Italia, sempre coinvolgendo tutti i gruppi etnici. Sono di fondamentale importanza informazioni trasparenti, domande chiare e spiegazioni sulle conseguenze di tale voto. A sfavore dell'autodeterminazione possono elencarsi ragioni quali l'impraticabilità data da questioni di costituzionalità, un potenziale di frammentazione della popolazione,

l'incertezza riguardo al ruolo dell'Unione europea, le conseguenze economiche e il rischio di perdere l'autonomia raggiunta finora.

2. Autonomia sportiva

L'autonomia sportiva del Sudtirolo viene vista come portatrice di una comune identità. Attraverso un proprio inno e una propria bandiera potrebbero essere raggiunte maggiori attenzioni e più visibilità nel campo delle manifestazioni sportive. Gli sportivi e le sportive altoatesini dovrebbero ottenere la possibilità di far parte dell'organico provinciale. Una polizia provinciale dovrebbe poter costituire un gruppo sportivo nel suo organico. Italiani e ladini dovrebbero aiutare nella attuazione di ciò.

3. Convivenza pacifica dei gruppi linguistici

La convivenza pacifica potrebbe essere rafforzata e i blocchi e le paure legati alla lingua potrebbero essere abbattuti attraverso spazi di incontro comuni e progetti nell'ambito scolastico, culturale ed anche sportivo. La comprensione "culturale" verso gli altri gruppi linguistici andrebbe sostenuta e andrebbe accelerata la decostruzione di società "parallele". Sono da tenere in vita iniziative già esistenti e va considerata una reale "mescolanza" dei gruppi linguistici, nei quali tutti i progetti non devono essere intesi come un obbligo, bensì solamente come una spinta per un maggiore scambio tra i gruppi linguistici stessi.

Il fatto che ci siano uffici divisi a seconda dei gruppi linguistici, competenti per i finanziamenti, viene sentito come fattore aggravante per la realizzazione di progetti comuni. Anche il carattere occasionale e limitato nel tempo dei progetti dovrebbe essere riconsiderato. Devono essere trovati approcci che siano duraturi. Un "sentimento del noi" inteso come una comune identità potrebbe essere raggiunto anche attraverso la costituzione di un Sudtirolo sovrano. La garanzia del bilinguismo nei servizi pubblici e il rispetto fra gruppi linguistici sono delle condizioni essenziali. Le differenze fra città e parti rurali mettono in discussione la realizzazione di un Sudtirolo sovrano connesso allo sviluppo del "sentimento del noi". Lo sviluppo di un sentimento comune e la risoluzione dei conflitti potrebbero passare anche attraverso una rimozione dei relitti fascisti e delle scorrette traduzioni dei nomi.

4. Democrazia diretta e partecipazione

I/le cittadini/e dovrebbero essere coinvolti in maniera più forte nel processo legislativo e le decisioni prese tramite strumenti di democrazia diretta dovrebbero essere vincolanti per la politica. La formazione di un'opinione pubblica e la presa di posizione/coscienza della popolazione dovrebbero contare di più al fine di ridurre il disinteresse verso la politica. Progetti partecipativi concreti servirebbero per rendere possibile l'inclusione diretta degli interessati nel processo di attuazione. Va inoltre osservato che non tutti i temi sono idonei al referendum e che le questioni legate ad una reportistica obiettiva, all'attività di lobbying e al quorum sono da chiarire. Anche una divisione della popolazione viene temuta nel caso di confronto molto polarizzato.

5. Euroregione Tirolo

All'Euregio andrebbero conferite ulteriori competenze negli ambiti della mobilità, dell'istruzione, dell'energia, delle politiche economiche e della sanità. Si perseguono con l'Euregio la creazione di istituzioni euroregionali adatte, come pure la fusione di vari tipi di associazioni. In questo modo potrebbe svilupparsi un'identità comune e

potrebbe rafforzarsi il senso di appartenenza. Le differenze linguistiche così come le diverse condizioni giuridiche sarebbero da tenere in considerazione. Il possibile ancoraggio dell'Euregio allo statuto di autonomia viene visto come un passo in direzione del rafforzamento e dello sviluppo dell'Euregio stesso. L'Euregio come stato federale sovranazionale in un'Europa delle regioni potrebbe portare con sé un rafforzamento dell'identità europea e tirolese. In questo *frame* non va dimenticata la tutela del gruppo ladino.

Un tale sviluppo si scontra con una carente "coscienza tirolese" come anche con le diverse competenze dell'istituzione Euregio. Anche gli opposti interessi degli stati nazionali e lo scarso sentimento reciproco di comunità dei popoli interessati sono di ostacolo.

6. Giovani nella politica attiva

Attraverso una formazione politica, intesa come materia scolastica, sarebbe possibile trasmettere sapere e comprensione e suscitare interesse per i processi politici e per la partecipazione diretta.

Ai giovani dovrebbero di fondo essere concesse più influenza e peso per quanto concerne le decisioni politiche. Questo potrebbe accadere con l'ampliamento del diritto al voto ai 16 anni nei referendum come pure attraverso una maggiore considerazione dell'opinione dei giovani nelle commissioni locali comunali e provinciali.

7. Grazia agli attivisti sudtirolesi

Gli attivisti sudtirolesi sarebbero da ringraziare, ogni caso va però trattato singolarmente. Vanno indagati i moventi degli attivisti sudtirolesi e va chiarito se meritano di essere ringraziati. Il disaccordo regna in relazione alla ricerca di una risposta a questa domanda. Il ruolo degli attivisti sudtirolesi nel raggiungimento dell'autonomia va chiarito. Attraverso una grazia che passi attraverso il Presidente della Repubblica si potrebbe porre fine al tema e raggiungere una riconciliazione.

8. Integrazione

L'integrazione andrebbe promossa attraverso l'apprendimento delle lingue del territorio. Ci sarebbe inoltre bisogno del rispetto e di possibilità di incontro per facilitare l'integrazione. Va prestata attenzione alle dimensioni della tolleranza e dell'uguale trattamento di tutti. Sebbene non sia giuridicamente attuabile, a promuovere l'integrazione potrebbe concorrere un possibile impiego temporaneo all'interno di un determinato settore.

Che vengano concesse possibilità lavorative ai/alle migranti e che venga promossa la parità fra uomo e donna, questo lo dovrebbe decidere la politica. Sarebbe da discutere se la criminalità degli stranieri deve condurre alla loro espulsione. Ci vorrebbero più informazioni in merito a migrazione e migranti.

Le differenze religiose e culturali vengono viste da alcuni come ostacoli per l'integrazione.

9. Piena autonomia

Bisognerebbe aspirare ad un progressivo ampliamento delle competenze per raggiungere la piena autonomia con la massima autodeterminazione interna. Uno sviluppo troppo veloce potrebbe tuttavia portare ad un sovraccarico.

Una cultura di riferimento sudtirolese andrebbe elaborata e tale dovrebbe stare alla base di un sentimento comune di appartenenza ed anche intesa come guida per

l'integrazione. Una tale cultura dovrebbe basarsi su un ampio consenso e potrebbe anche essere interpretata come limitazione all'autodeterminazione.

10. Proporzionale

La proporzionale nei servizi pubblici deve essere mantenuta e viene vista come garanzia per i posti di lavoro delle minoranze. Coloro che sono a favore di una revisione della proporzionale, vedono in questo una chance per dare più peso alle competenze dei lavoratori e delle lavoratrici. In caso di un'eventuale revisione vanno tenuti in considerazione i tre gruppi linguistici e va garantita la tutela delle minoranze.

11. Rafforzamento delle associazioni-enti giovanili del Sud-Tirolo

Alle associazioni giovanili andrebbero messi a disposizione maggiori mezzi finanziari e gli ostacoli burocratici andrebbero ridotti. Allo stesso tempo i giovani, quando vengono ascoltati dalla politica, andrebbero anche presi sul serio. Bisognerebbe aspirare ad una più forte collaborazione fra le associazioni di madre lingua tedesca ed italiana già esistenti al fine di essere più forti insieme.

12. Scuola

Non ci si dovrebbe discostare dall'insegnamento nella propria madrelingua ai sensi dell'articolo 19 dello statuto di Autonomia. Va stimolato un miglioramento delle attuali lezioni di lingua straniera, nelle quali insegnare meno letteratura a favore di conversazione legata alla quotidianità nella lingua madre dell'insegnante. In contemporanea è necessario porre maggior attenzione agli eventi della vita quotidiana per far sì che la conoscenza fluente di una lingua straniera nella vita di tutti i giorni sia resa possibile. La mancanza di conoscenze generali e l'abbandono della cultura di riferimento deve, tuttavia, essere temuto. Il rifiuto del metodo CLIL e altri penalizzerà gli studenti più deboli e in particolare mette a rischio la bocciatura nella propria lingua madre. Il supporto della lingua al di fuori delle ore di scuola, nel pomeriggio o in estate, è da sostenere. Al miglioramento del sistema scolastico viene proposto di introdurre la retorica, la giurisprudenza, le scienze della comunicazione, le tecnologie dell'informazione e della comunicazione e dell'economia in tutte le scuole. Inoltre, è da incorporare nel piano di studi anche lo studio della materia "storia locale" per le scuole medie e superiori. A sfavore dell'introduzione di nuove materie scolastiche vi è la presenza di già troppe materie.

13. Toponomastica

I nomi nati storicamente in due lingue vanno mantenuti bilingui. I nomi introdotti durante il fascismo dovrebbero essere eliminati. Così l'ingiustizia potrebbe essere rielaborata e verrebbe espressa una chiara distanza dal fascismo. Per l'attuazione di questa proposta bisognerebbe fare attenzione alla mediazione, in particolare nei confronti del gruppo linguistico italiano e si dovrebbe seguire una revisione e rilettura storica. Una revisione dei toponimi dovrebbe avere una ripercussione sulla cartografia. Una soluzione scientifica della questione toponomastica andrebbe sancita all'interno dello statuto d'autonomia.